

# Aufruf zur Großkundgebung für ein soziales Berlin am 11. September

10-13 Uhr, vorm Abgeordnetenhaus: Großkundgebung

Niederkirchner Str. 5, 10117 Berlin, Nähe Anhalter Bahnhof oder Potsdamer Platz



## Was ist passiert?

Sozial-Staatssekretär Bozkurt behauptet, dass die tarifliche Eingruppierung der Persönlichen Assistentinnen in Berlin zu hoch sei. Finanzsenator Evers kündigt an zu prüfen, ob das Land Berlin überhaupt verpflichtet sei, Tarifverträge in der Eingliederungshilfe zu refinanzieren. Kanzler Merz behauptet, dass die Eingliederungshilfe in der Bundesrepublik viel zu teuer sei und sich das mit den Plänen der Bundesregierung für den Wirtschaftsstandort nicht vertrage.

## Was bedeutet das?

Das Land Berlin stellt die Refinanzierung unseres Haustarifvertrags in Frage.

Das Land Berlin greift unsere Eingruppierung an.

Das Land Berlin greift unsere Bezahlung an. Wir sind dem Land Berlin zu teuer. Wir sollen billiger werden und auf circa 10-15% unseres Lohns verzichten. Das Land Berlin will den Preis unserer Arbeit senken, und zwar deutlich senken. Und befindet sich damit im besten Einvernehmen mit der Bundesregierung.

Es geht um die beabsichtigte Eingruppierung von Persönlichen Assistentinnen in die Entgeltgruppe 3 des Tarifvertrags der Länder, statt wie zur Zeit in die Entgeltgruppe 5. Das sind bei Erfahrungsstufe 6 inkl. Zuschlägen ungefähr 350 Euro pro Monat weniger.

**Es geht um den unverhohlenen Anspruch, die gesetzliche Refinanzierungsverpflichtung für unsere Tarifverträge in Frage zu stellen.** Das Geld, das für bisher ungekannte Aufrüstung und Förderung privater Geschäftemacherei zur persönlichen Bereicherung einiger weniger aufgewendet werden soll, das wollen sie sich von uns und unserergleichen holen.

## Und jetzt?

Es ist ja folgendermaßen: Die machen das einfach, wenn wir sie nicht davon abhalten.

Es ist aber andererseits auch so: Wir machen hier die Arbeit des Landes Berlin und dafür brauchen sie uns. Das ist unsere Macht.



# Aufruf zur Großkundgebung für ein soziales Berlin am 11. September

**10-13 Uhr, vorm Abgeordnetenhaus: Großkundgebung**

Niederkirchner Str. 5, 10117 Berlin, Nähe Anhalter Bahnhof oder Potsdamer Platz



## Was ist unser Plan?

Sollte der Senat dem Abgeordnetenhaus Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich vorlegen, versammeln wir uns am

**11. September, 10-13 Uhr, vorm Abgeordnetenhaus: Großkundgebung (Niederkirchner Str. 5, 10117 Berlin, Nähe Anhalter Bahnhof oder Potsdamer Platz)**

und besuchen die Abgeordneten bei der Beratung der sogenannten "Sparbeschlüsse". In Wahrheit sind es Umverteilungsbeschlüsse, nämlich Umverteilung von unten nach oben. Da können wir ihnen zeigen, was wir davon halten. Zur Versammlung rufen wir gemeinsam mit dem "Bündnis soziales Berlin" ([buendnissoziales.berlin](http://buendnissoziales.berlin)) auf, zu dem sich viele Unternehmen und Verbände, Betriebsratsgremien und Tarifkommissionen der freien Träger in Berlin zusammengeschlossen haben.

Zu den Erstunterzeichnern der Resolution des Bündnisses gehören auch ambulante dienste e.V und Neue Lebenswege GmbH.

## Welche Unterstützung wird gebraucht?

**Plakate malen am 28. August, 16-18 Uhr:**

**Betriebsgruppentreffen ambulante dienste/Neue Lebenswege**

**Mehringhof, Gneisenastraße 2a, 10961 Berlin, U-Bahnhof Gneisenastraße, 2. Hinterhof, Souterrain -Kellerbüro**

**Alle kommen und bringen ihre Kolleginnen mit.**

Überlegt Euch, was Euch die Sache wert ist. Es geht um unser Geld, um richtig viel von dem Geld, das wir uns erkämpft haben und das uns zusteht.

**ver.di**